

FELIX WIEBRECHT

MYANMAR AUF DEM WEG IN EINE DEMOKRATISCHE ZUKUNFT?

TROTZ DES WAHLERFOLGS DER DEMOKRATIEBEWEGUNG BLEIBEN ZWEIFEL ÜBER DIE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DES LANDES BESTEHEN

Myanmar hat am 8. November gewählt. Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) und ihre Parteivorsitzende Aung San Suu Kyi konnten bei den freiesten Wahlen des Landes seit 1990 einen Erdrutschsieg einfahren. Die bisher regierende und vom Militär gestützte Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (USDP) musste dagegen herbe Verluste verbuchen. Ersten inoffiziellen Ergebnissen zufolge konnte die NLD 82% aller Stimmen auf sich vereinigen. Für die demokratische Entwicklung des Landes war diese Wahl sicherlich ein Fortschritt, denn sie verlief größtenteils frei und fair, vor allen Dingen jedoch auch friedlich. Dennoch hat sich die NLD im Wahlkampf auch nicht als Heilsbringerin für dringende Probleme innerhalb des Landes präsentiert und so bleibt die Entwicklung des Landes weiter eine offene Frage.

Myanmar hat in den letzten vier Wochen einen interessanten und turbulenten Wahlkampf gesehen. Dies ist zum größten Teil der Tatsache geschuldet, dass dies, abgesehen von der Nachwahl 2012, das erste Aufeinandertreffen der beiden Hauptparteien, der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) und der regierenden Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (USDP) war. Die zugleich hohe Anzahl der antretenden ethnischen Parteien erhob die Wahl zur weit umfassendsten in der Geschichte des Landes. Die Wahl war die erste landesweit abgehaltene Wahl, an der die NLD teilnahm, nachdem ihr Wahlerfolg im Jahr 1990 vom Militär nicht akzeptiert wurde. Sie galt als klarer Favorit für die Wahlen, ein ähnlicher Erdrutschsieg wie 1990 wurde jedoch nicht erwartet, denn die regierende USDP kann auf einen unter ihr eingeführten beachtlichen Reformprozess verweisen. Neben den beiden politischen Schwergewichten war die Nationale Demokratische Kraft (NDF) die einzige Partei die ebenso landesweit antrat. Dazu kamen 88 regionale und Parteien ethnischer Minderheiten in ihren jeweiligen Landesteilen. Dies ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber der Wahl von 2010, in der deutlich weniger Parteien zur Auswahl standen. Die Fortschritte in politischer Beteiligung der Bevölkerung und der Pressefreiheit, als auch die reduzierten Kosten für die Aufstellung zur Wahl lassen sich als Gründe hierfür anführen. Allgemein wird jedoch kritisiert, dass keine der Parteien in der Lage war, einen anspruchsvollen inhaltlichen Wahlkampf zu führen. Während die NLD sich auf die Popularität ihrer Vorsitzenden gestützt hat, bilden die ethnischen Parteien zunehmend das Sprachrohr für nationalistische Tendenzen der Minderheiten. Die hohe Fragmentierung der Parteienlandschaft Myanmars hat auch dazu beigetragen, dass Koalitionen nicht zustande gekommen sind oder sogar kategorisch ausgeschlossen wurden. Folgt man den Prognosen, wird die NLD keinerlei Probleme bekommen, eine Mehrheit im Parlament zu stellen. Damit wird sie zwar in der Lage sein, ihre Gesetzesvorhaben durchzubringen, jedoch nicht, die Verfassung zu verändern. Für das Militär sind 25% der Parlamentssitze reserviert und dadurch behält es effektiv immer noch das Veto über jegliche Verfassungsänderungen, denn für solche sind 75% plus eine Stimme notwendig. Das heißt, die Entscheidung ob Myanmar in Zukunft vollkommen zivil regiert wird, liegt noch immer beim Militär.

DER 8. NOVEMBER ALS "KRITISCHER WENDEPUNKT"

Aung San Suu Kyi, die Hoffnungsträgerin der Demokratiebewegung in Myanmar, hat den 8. November wiederholt als „kritischen Wendepunkt“¹ in der Geschichte des Landes bezeichnet. Ob diese Wahl jedoch einen wirklichen Politikwechsel mit sich bringt, hängt nicht nur von ihr ab, sondern zu allererst auch von der Bereitschaft des Militärs, die Verfassung zu ändern. Da den Forderungen der NLD nach Verfassungsreformen nicht entgegengekommen wurde, haben viele internationale BeobachterInnen

¹ http://www.chinadaily.com.cn/world/2015-09/08/content_21820847.htm 08.September2015

verständlicherweise die Fairness der Wahl schon Wochen vor dem 8. November in Frage gestellt. Mit dem Erhalt der Verfassung von 2008, die in einem eher fragwürdigen Referendum verabschiedet wurde, wurde Aung San Suu Kyi schon frühzeitig von einem möglichen Aufstieg zur neuen Präsidentin abgehalten. In der Verfassung von 2008 hat sich das Militär nicht nur Sperrminoritätsrechte verankern lassen, sondern auch einen speziell auf Aung San Suu Kyi zugeschnittenen Paragraphen. Die Klausel verwehrt jedem das Amt, dessen Ehegatte oder Kinder Ausländer sind. Bekanntlich war Suu Kyis verstorbener Ehemann Brite. Auch ihre beiden Söhne besitzen die britische Staatsbürgerschaft. Noch wichtiger jedoch ist, dass das Militär dadurch auch weiterhin seine gewichtige Rolle im Politikbetrieb des Landes beibehält. Bis jetzt hat sich das Militär geweigert, Kompromisse bezüglich seiner Kerninteressen einzugehen. Dadurch erhält es weiterhin sowohl seine vorgeschriebene Repräsentation im Parlament und der Regierung aufrecht, als auch die Kontrolle über die Sicherheitsressorts und sein Vetorecht über Verfassungsänderungen.

In den letzten Jahren hat Präsident Thein Sein einen beachtlichen politischen Reformprozess in Myanmar eingeleitet. Während seiner Präsidentschaft wurden viele politische Gefangene amnestiert, so zum Beispiel auch Aung San Suu Kyi. Des Weiteren hat das Land große Fortschritte hinsichtlich der Pressefreiheit verzeichnen können. International konnte sich Myanmar eine bessere Stellung dadurch erarbeiten, dass das Land erfolgreich in der Lage war den Vorsitz für die ASEAN-Länder im Jahr 2014 zu übernehmen. Außerdem konnte es die westliche Welt davon überzeugen, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Land aufzuheben.

Kaum Verbesserungen konnten jedoch im Hinblick auf die Situation von Minderheiten, darunter die Rohingya, erreicht werden. Im Gegenteil, der muslimischen Minderheit wurden die Bürgerrechte während Thein Seins Amtszeit entzogen. Durch die immer noch andauernde Verfolgung der Rohingya spitzte sich die Lage in diesem Jahr zu, als tausende von ihnen auf lebensgefährliche Weise in andere südostasiatische Staaten flüchteten. Insbesondere Präsident Thein Sein wurde für seine Äußerungen kritisiert, die Rohingya außerhalb von Myanmar umsiedeln zu wollen.² Erstaunlicherweise hielt sich allerdings auch Aung San Suu Kyi sehr bedeckt in dieser Angelegenheit. Ihr Schweigen wurde oft als Wahlkampfstrategie gesehen, um möglichst viele Stimmen der Bamar zu erhalten. Die Bamar sind die ethnische Mehrheit im Land, die rund siebzig Prozent der Bevölkerung in Myanmar ausmacht und größtenteils dem buddhistischen Glauben folgt. Sie hätten die NLD womöglich als zu Islam-freundlich angesehen, hätte Aung San Suu Kyi eine solidarischere Haltung mit den Rohingya eingenommen.³ Dieses Problem spiegelt sich aber auch auf das ganze Land wieder, da vermutlich kein Muslim einen Parlamentsplatz gewinnen konnte. Die Frage der Rohingya ist aber nur ein Aspekt einer verfehlten Ethnienpolitik, die viele ethnische Parteien dazu bewog, sich von der NLD abzuwenden. Diese fühlen sich trotz der versprochenen Demokratisierung nicht von Aung San Suu Kyi verstanden und respektiert. Daher ist das erfolgreiche Abschneiden der NLD in den Staaten der ethnischen Minderheiten als Überraschung zu werten. Diese kann allerdings eher auf die Verteilung der ethnischen Wähler auf mehrere Parteien und deren hohe Fragmentierung bis hin zu absoluten Kleinstparteien zurückgeführt werden als auf großes Vertrauen in die zukünftige Politik der NLD.

Am 15. Oktober diesen Jahres war Thein Sein in der Lage, endlich sein lang angestrebtes Ziel eines nationalen Waffenstillstandsabkommen mit bewaffneten Gruppen einiger der ethnischen Minderheiten zu unterzeichnen. Allerdings ist die Bezeichnung „nationales Waffenstillstandsabkommen“ etwas irreführend, da nur acht regionale Gruppen unterschrieben haben und somit nur die Hälfte der eigentlich angestrebten Anzahl. Die überwiegend kleinen Organisationen, die unterschrieben haben, können nun davon profitieren, dass sie nicht mehr als terroristische Gruppen geführt werden und hoffen somit auf mehr Investitionen in ihren Regionen. Dagegen gehen die Kämpfe in anderen Teilen des Landes unbeirrt weiter. Die größten Rebellengruppen, darunter die Kachin Independence Organisation (KIO) und die United Wa State Army (UWSA), die beide nahe der Grenze zu China operieren, weigerten sich das Abkommen zu unterzeichnen, da die Regierung von Anfang an andere Gruppen von den Verhandlungen ausgeschlossen hatte. Daher kann man davon ausgehen, dass dies eher ein überhastetes Abkommen ist, dass insbesondere der USDP entgegenkommt, da die Partei es genau zum richtigen Zeitpunkt als eigenen Erfolg verkaufen konnte. Dies schien jedoch auch notwendig aus Sicht der Regierungspartei, da deren Amtszeit auch von einer Unfähigkeit gekennzeichnet war, auf die Probleme des gemeinen Bürgers einzugehen. Trotz des maßgeblichen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren hat der Großteil der myanmarischen Bevölkerung keine erhebliche Verbesserung des eigenen Lebensstandards erfahren und leidet immer noch

² <http://www.huffingtonpost.com/huff-wires/20120712/as-myanmar-sectarian-unrest/>

³ <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-32974061>

an weitverbreiteter Armut. Insbesondere die ländliche Bevölkerung sucht noch immer nach Lösungen für die steigende Anzahl von Grundstücks- und Enteignungskonflikten, welche zunehmend die Existenzgrundlage der Beschäftigten in der Landwirtschaft in Gefahr bringen. Myanmar's Exportwirtschaft basiert nahezu ausschließlich auf dem Export von Rohstoffen, die besonders in den ethnischen Gebieten abgebaut werden und dort neben wirtschaftlichen auch große Umweltschäden verursachen. Dieser Ausverkauf von Rohstoffen ist so weit ad absurdum gebracht, dass z. B. Bauunternehmer in Myanmar derzeit sogar Zement importieren müssen.

DIE WAHLERGEBNISSE

Überraschend deutlich konnte sich die NLD in der Wahl durchsetzen. Zwar wird man noch weiter auf offizielle Ergebnisse warten müssen, aber schon jetzt kann man anmerken, dass die NLD den Großteil der Wahlkreise für sich gewinnen konnte. Bisherige Hochrechnungen gehen davon aus, dass die Partei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi rund 82% der Stimmen der Bevölkerung auf sich vereinen kann⁴. Aufgeteilt auf die Wahlbezirke bedeutet dies, dass die NLD voraussichtlich 406 Mandate bekommt, die für eine einfache Mehrheit reichen. Außer Konkurrenz bleibt das Militär, das auch weiterhin 166 Sitze im Parlament einnehmen wird. Die USDP dagegen musste eine herbe Niederlage einstecken und wird sich in Zukunft auf der Oppositionsbank finden. Als überraschend kann man festhalten, dass die NLD auch relativ gute Ergebnisse in den verschiedenen ethnischen Staaten Myanmar einfahren konnte und somit auch dort viele Abgeordnete stellen kann. So zum Beispiel im Shan-Staat an der Grenze zu China, in dem die NLD auch davon profitieren konnte, dass sich die Shan-Parteien nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Wie erwartet haben sich die ethnischen Parteien auch untereinander viele Stimmen abgenommen, da sie es vorzogen miteinander zu konkurrieren, anstatt ihre Wahlkämpfe zu vereinen.

FORTSCHRITTE IN DER WAHLORGANISATION

Nach der international stark kritisierten Parlamentswahl 2010, in der die USDP 60 Prozent aller Mandate für sich gewinnen konnte, hat die Wahlkommission der Union (UEC) dieses Jahr mehr Wert auf die Einhaltung internationaler Standards bezüglich freier und fairer Wahlen gelegt. Dadurch, dass Myanmar sich bei der Nachwahl 2012 schon einmal in der Lage gezeigt hat, Wahlen gut auszurichten, gab es dieses Jahr auch eine höhere Erwartungshaltung der internationalen Gemeinschaft. Das Land ist zwar immer noch entfernt von internationalen Richtlinien, die Organisation und Führung der Wahl hat sich jedoch gegenüber 2010 schon stark verbessert. Es wurde als vielversprechendes Zeichen gesehen, dass das Land viele internationale BeobachterInnen, so zum Beispiel von der Europäischen Union, eingeladen hat, den Wahlprozess zu begleiten und in Sachen Freiheit und Fairness zu bewerten. Alle Wählerlisten wurden öffentlich zugänglich ausgehängt und zudem die BürgerInnen per SMS mit den nötigen Informationen versorgt, um höchstmögliche Transparenz zu schaffen. WahlbeobachterInnen gehen dennoch davon aus, dass sich insgesamt 4 Millionen EinwohnerInnen nicht für die Wahl registrieren konnten⁵. Dazu gehören auch BinnenmigrantInnen und zeitweilige AnwohnerInnen, deren Erfassung für die Wahl nicht vorgesehen war. Anderen Bevölkerungsgruppen wurde dieses Bürgerrecht ausdrücklich verweigert, so zum Beispiel den Rohingya auf Basis deren Status als Nicht-BürgerInnen, aber auch vielen Mitgliedern der ethnischen Gruppe der Karen mit der Begründung von Sicherheitsbedenken. Solche Aktionen können durchaus als Versuche gewertet werden, schon vor den Wahlen Einfluss auf die Ergebnisse zu nehmen. Ein weiterer Aspekt, der internationalen BeobachterInnen missfällt, ist die Überprüfung von KandidatInnen. Das amerikanische Carter Center bezeichnete den Überprüfungsvorgang als befangen.⁶ Obgleich auch nur eine kleine Anzahl von KandidatInnen nicht zur Wahl zugelassen wurde, fällt auf, dass die, die abgewiesen wurden in der übergroßen Mehrheit entweder Mitglieder islamischen Glaubens oder Mitglieder der ethnischen Parteien sind. Dagegen wurden USDP-KandidatInnen zugegebenermaßen nicht sorgfältig überprüft wurden⁷. Diese Tatsache „stellt die Glaubwürdigkeit des Vorganges maßgeblich in Frage“, so

⁴ <http://www.mmmtimes.com/index.php/election-2015/live-blog.html#nov-10>

⁵ <http://www.reuters.com/article/2015/10/20/us-myanmar-election-voters-insight-idUSKCN0SE2GN20151020>

⁶ http://www.cartercenter.org/resources/pdfs/news/peace_publications/election_reports/myanmar-pre-election-102715.pdf

⁷ <http://www.mmmtimes.com/index.php/national-news/16362-electoral-officials-ignore-citizenship-complaint-against-union-minister.html>

das Carter Center.⁸ Der Wahltag verlief im Großen und Ganzen sehr ruhig und geordnet. Schon am frühen Morgen bildeten sich Schlangen vor den Wahllokalen, die auch während des Tages nicht verschwanden. Durch den hohen Andrang von Wahlwilligen und die relativ kurze Öffnungszeit der Wahllokale wurden einige von ihnen jedoch ohne die Möglichkeit abgewiesen, ihre Stimmzettel abzugeben. Kritisch gesehen wurde die Auswertung der Briefwahlstimmen, bei denen einige Unstimmigkeiten zumindest vermutet werden. Letztlich konnten diese den Sieg des NLD-Lagers jedoch auch nicht verhindern. Die Wahl wurde von vielen Seiten als transparent gelobt, so zum Beispiel von der Europäischen Union.⁹

IDEENLOS IN DIE DEMOKRATIE?

Den zurückliegenden Wahlkampf in Myanmar kann man durchaus als unausgegoren bezeichnen. Wenn die gegensätzlichen Positionen auch grundlegend waren, muss man doch festhalten, dass die beiden Parteien sich hinter ihren Schlüsselworten „Stabilität“ und „Politikwechsel“ versteckt haben, denn deren Verständnis von den Konzepten wurde nie vollständig skizziert. Daher war der Wahlkampf keinesfalls geprägt von einer klaren Vorstellung, wer Myanmar's Politik inwiefern ändern wird.

Dies ist insbesondere enttäuschend im Hinblick auf die NLD und deren Aushängeschild Aung San Suu Kyi, die keinerlei klare Vorstellungen bezüglich der Zukunft des Landes liefern konnte. Stattdessen wurden immer wieder Aspekte herausgehoben, die für die einfache Bevölkerung doch eher abstrakt wirken, wie zum Beispiel die Verfassungsreform, zukünftige Verbesserungen in Sachen Rechtsstaatlichkeit und die Herstellung eines föderalen Systems. Bekannterweise sind dies die Aspekte, auf die die internationale Gemeinschaft viel Wert und Beachtung legt im Hinblick auf eine zukünftige Demokratisierung und Modernisierung des Landes. Allerdings ist es zum einen höchst fragwürdig, ob die NLD diese Themen auch wirklich voranbringen kann. Politische Entscheidungen im Land hängen zu einem großen Teil von anderen AkteurlInnen ab. Insbesondere das Militär hat immer noch einen sehr großen Einfluss. Dazu kommt, dass ein Großteil der Abgeordneten in Myanmar keinerlei Erfahrungen auf diesem Gebiet hat. Die übergroße Mehrheit der Abgeordneten wurde zum ersten Mal in das Parlament gewählt und wird sich daher erst in politische Prozesse einarbeiten müssen. Zum anderen geht diese Themensetzung an den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung vorbei, denn deren Leben sind noch immer vom alltäglichen Kampf ums Dasein geprägt. Aung San Suu Kyi hat es nicht geschafft, die dringendsten Probleme des Landes zufriedenstellend anzusprechen. Sicherlich hat sie einige respektable Ideen für die Entwicklung des Landes vorgebracht, wie zum Beispiel die systematischere Steuereintreibung und die gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten, als auch den Ausbau von weiterreichenden Bildungsangeboten und die Erweiterung des Gesundheitssektors. Im Gegensatz dazu blieb sie ziemlich unklar, inwiefern eine schrittweise ablaufende Transformation zu einer vollen zivilen Regierung mit dem Militär, das bis jetzt eher abgeneigt zu Verhandlungen scheint, vereinbart werden soll.

Aung San Suu Kyi's Wahlkampf hat viele einheimische als auch internationale BeobachterInnen, die große Erwartungen an sie hatten, ernüchtert. Sie hat keinerlei Maßnahmen formuliert, die zu einem wirklichen nationalen Waffenstillstand führen sollen, geschweige denn zu einer verbindlichen Friedensvereinbarung, die alle ethnischen Gruppen einbindet. Enttäuschender Weise hat sie sich auch im Hinblick auf die Situation der Rohingya in Myanmar ruhig verhalten, die seit 2012 regelmäßig Opfer von Pogromen von fanatischen BuddhistInnen werden. KritikerInnen sind der Meinung, sie hat sich dem Trend des buddhistischen Nationalismus angeschlossen, um so möglichst attraktiv für breite Bevölkerungsschichten zu bleiben¹⁰. Dazu passt auch ihre Entscheidung, jegliche Kooperation mit den verschiedenen ethnischen Parteien kategorisch auszuschließen, die zeigt, dass die NLD sich eher auf die WählerInnen aus der größten ethnischen Gruppe, der Bamar-BuddhistInnen konzentriert. Desillusioniert hat die Parteivorsitzende auch viele potentielle WählerInnen aus den ländlichen Regionen in ihrer Position als Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses für den Landkonflikt zwischen der Letpadaung Kupfermine und der lokalen Bevölkerung. Statt diese in ihren Forderungen nach besseren Kompensationen zu unterstützen, erachtete der Ausschuss die wirtschaftlichen Konsequenzen, die eine Schließung der Mine mit sich ziehen würde als schwerwiegender und entschied sich so für den Erhalt dieser. Sollte dies die Entwicklungsstrategie der NLD für das Land sein, können erhebliche Zweifel gehegt werden, ob dies ein angemessener Plan für das landwirtschaftlich geprägte Land sein kann. Fraglich erscheint dann auch, ob wirtschaftlicher Wachstum

⁸ http://www.cartercenter.org/resources/pdfs/news/peace_publications/election_reports/myanmar-pre-election-102715.pdf

⁹ <http://www.channelnewsasia.com/news/asiapacific/vote-counting-is/2250190.html>

¹⁰ <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-32974061>

gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verteilt werden kann, und nicht auf Kosten der breiten Bevölkerung generiert wird. Mit der Betonung auf Finanzliberalisierung und Handelserleichterung gewinnt man jedoch den Eindruck, dass die NLD einen neoliberalen Kurs einschlagen wird, der sich in der Vergangenheit schon als falscher Weg für viele andere sogenannte Entwicklungsländer herausgestellt hat. Alles in allem muss man zugeben, dass die NLD nur eine blasse Kopie der Partei ist, die Myanmar einst in den Anstrengungen für eine demokratische Zukunft inspiriert hat. Ohne Kreativität und konkrete Vision, wie das Land vorangebracht werden soll, ist die Partei nur von Aung San Suu Kyi's Popularität und Charisma angeführt und definiert. Dies zeigte sich auch in ihrer Anweisung an WählerInnen, der NLD sozusagen blind zu folgen und nur ihre Partei und nicht die lokalen KandidatInnen in Betracht zu ziehen, wenn sie ihr Kreuz setzen. Dem liegt zu Grunde, dass es innerhalb der NLD an parteiinterner Demokratie mangelt. Dadurch ist es so gut wie unmöglich, Initiativen ohne oder sogar gegen die Nobelpreisträgerin durchzusetzen, die innerhalb der Partei alle Fäden zieht. Obwohl ihr lang unangefochtener Status als Retterin Myanmars an der Spitze der Demokratiebewegung auch in den internationalen Kreisen zu bröckeln beginnt, hat diese Stellung ihr bis heute geholfen bedeutungsvolle Politikentwicklungen hinauszuzögern.

Die USDP als konservative Alternative hat sich gleichermaßen mit konkreten Plänen für die nächste Legislaturperiode zurückgehalten. Da die Partei kaum mit einer langfristigen Strategie für die Zukunft des Landes werben konnte, sorgte sie für mehr Schlagzeilen durch interne Parteikonflikte. Als beliebte Taktik unter USDP-KandidatInnen erwiesen sich jedoch kurzfristige Investitionen um die lokale Infrastruktur zu verbessern. So wurde die Partei zum Beispiel im Mon-Staat im Südwesten des Landes dafür kritisiert, ihre Regierungsmacht auszunutzen, um große Summen für die Konstruktion von Brücken und Straßen zu spenden.¹¹ Daneben hat die USDP oftmals versucht, die Wahlkampfaktivitäten ihrer Konkurrenz einzudämmen. Dies ist für die Partei eine einfache Praxis, da sie als einzige über eine echte Parteistruktur verfügt und jederzeit ihre Kontakte in der Verwaltung ausnutzen kann. Außerdem sollte die Zusammenarbeit der USDP mit der Buddhistischen Patriotischen Vereinigung, der Ma Ba Tha, die zunehmend politisch aktiv wird, kritisch gesehen werden. Die rassistische Schwerpunktsetzung der Vereinigung in Bezug auf Fragen von Ethnizität und Religion im Wahlkampf sowie die Einführung der „Gesetze zum Schutz von Religion und Ethnizität“ hat den zunehmend populären buddhistischen Nationalismus weiter institutionalisiert. Dies hatte wahrscheinlich auch schon einen Effekt auf die NLD. Die Partei hat keine_n einzige_n muslimische_n KandidatIn für die Wahl nominiert um möglichst wenig Angriffsfläche für Anfeindungen, die Partei sei zu Islam-freundlich und würde daher das Land verraten, zu bieten.

NEUE REGIERUNG, BESTEHENDE PROBLEME

Man kann nur hoffen, dass Myanmar in Zukunft nicht von ständigen Konflikten entlang ethnischer und religiöser Linien gezeichnet wird. Die neuesten als rassistisch einzustufenden „Gesetze zum Schutz von Ethnizität und Religion“, die vornehmlich gegen die muslimische Minderheit im Land gerichtet sind, zeigen jedoch genau in diese Richtung. Die neue Generation von DemokratInnen muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit der zunehmenden Islamfeindlichkeit umgeht, und ob sie in der Lage sein wird, Myanmar pluralistisch zu gestalten. Dazu kommt, dass auch der aufkeimende Nationalismus in allen ethnischen Minderheiten, die mehr Autonomie fordern, die Situation zunehmend problematischer gestaltet. Die neue Regierung wird eine umfassendere Lösung des Ethnienproblems in Angriff nehmen müssen. Andernfalls wird sich die myanmarische Gesellschaft weiter fragmentieren und so Nährboden für zusätzliche Konflikte innerhalb des Landes bereiten.

Entscheidend für die Richtung, die das Land einschlägt, wird auch die Haltung des Militärs sein. Trotz des Sieges der NLD, wird das Militär ein Viertel der Parlamentssitze einnehmen, sowie wichtige Positionen in der Regierung bekleiden. Die Besonderheit der myanmarischen Verfassung besteht darin, dass sich eine Parlamentsmehrheit nicht unbedingt in gleicher Weise auf die Regierungsbildung übertragen lässt. Um eine demokratische Zukunft des Landes zu gewährleisten, ist es insbesondere jetzt wichtig, eine Regierung zu stellen, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich legitimiert ist. Von daher ist es womöglich positiv zu bewerten, dass die NLD Koalitionsverhandlungen aus dem Weg gehen kann. Diese hätten sich unter Umständen so schwierig gestaltet, dass das Land leicht in einer politischen Krise hätte enden können. Andererseits hätte eine politische Beteiligung von Minderheiten womöglich auch eine Bereicherung für das politische Klima des Landes sein können. Die ethnischen Parteien werden entgegen aller Vermutungen

¹¹ <http://www.mmtimes.com/index.php/national-news/4865-voters-facing-information-hurdles.html>

keine gewichtigere Rolle spielen. Dagegen wird das Parlament trotz des Regierungswechsels weiterhin von Bamar-BuddhistInnen dominiert, denn, sofern sich die inoffiziellen Ergebnisse bestätigen, wird es keine_n muslimische_n ParlamentarierIn geben. Zweifel können gehegt werden, ob dies für die interreligiösen und –ethnischen Beziehungen im Land förderlich ist.

Klar scheint jedoch, dass das Land sich nun mehr denn je im Schatten einer Frau entwickeln wird. Die Zukunft Myanmars ist zu einem großen Teil abhängig von der Zukunft Aung San Suu Kyis. Die Nobelpreisträgerin hat bereits angekündigt, dass ein_e neue_r PräsidentIn ihr untergeordnet sein wird, und sie die Entscheidungen treffen wird.¹² Diese Ankündigung erinnert sehr an ihr Verständnis von Demokratie innerhalb der eigenen Partei. Sollte sich dieses Verständnis nun auf das gesamte Land übertragen, wäre dies eher ein Rückschritt in Sachen Demokratie. Für Myanmar bleibt zu hoffen, dass sich auch andere starke politische AkteureInnen zeigen, damit das Schicksal des Landes nicht ausschließlich an die persönlichen Ambitionen einer Frau gekoppelt ist.

¹² <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-34774469>